

Hannovers

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Hannover will bei Preußen bleiben. Niederlage der Welfen.

Hannover, 19. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Die gestrige Vorabstimmung über die Schaffung eines eigenen Staates Niedersachsen endete mit einer Niederlage ihrer Veranstalter, der deutsch-hannoverschen (welfischen) Partei, trotzdem diese im Vergleich zu den Reichstagswahlen vom 4. Mai nicht unerhebliche Stimmengewinne buchen konnten. Die Zahl der Stimmberechtigten betrug 1768 100. Davon mußte verfassungsmäßig ein Drittel, also 589 600, für die Forderung einer Volksabstimmung auf Schaffung eines neuen Landes stimmen. Die Welfen haben aber nur 448 961 Stimmen aufgebracht. Es fehlen demnach 140 639, so daß der Zweck der ganzen Veranstaltung nicht erreicht ist. Mehr als zwei Drittel der Stimmberechtigten folgten der Parole ihrer Parteien, gegen die partikularistischen Bestrebungen durch Nichtstimmen zu protestieren. In den einzelnen Bezirken wurden für die Welfen folgende Stimmen abgegeben: Raieiongsbezirk Hannover 144 818, Hildesheim 82 691, Lüneburg 116 704, Stade 70 882, Osnabrück 33 896.

So erfreulich das Ergebnis der Abstimmung in Hannover ist, so bedauerlich ist es, daß dieser Unfug überhaupt in Szene gesetzt wurde und neue Verwirrung brachte. Deutschland hat wahrhaftig schon Sorgen genug, es braucht eine „hannoversche Frage“ nicht auch noch dazu. Seine innere Gliederung ist nicht ideal, und es wäre sicher leister gewesen, nach dem Zusammenbruch mit der ganzen Kleinstaaterei aufzuräumen und eine deutsche Einheitsrepublik mit provinzieller und kommunaler Selbstverwaltung zu schaffen. Über die Wiedererweckung der „historischen Individualitäten“ führt nicht zu diesem Ziel, sondern weit von ihm weg, zurück in die alte deutsche Zerrissenheit.

Wem das noch nicht klar ist, der konnte es aus dem Brief des bayerischen Ministers Schwenker lernen. Er zeigt deutlich, wohin die Reise gehen soll. Das Deutsche Reich, das darf nie vergessen werden, konnte nur im Kampf gegen die Dynastien geschaffen werden; da dies zunächst nur geschah, indem eine starke Dynastie die schwächeren teils auftrah, teils zur Bedeutungslosigkeit herabdrückte, war nur eine Rollbahn. Aber die Einigung Deutschlands hat 1866 mit einem Thronsturz begonnen, der dann 1918 allgemein gemacht wurde, und das war ein Fortschritt, denn die Einigkeit Deutschlands beruht seitdem nicht mehr auf der Hausmacht einer Dynastie, sondern auf dem Willen des Volkes. An diesem Willen soll nicht gerüttelt werden.

Wir freuen uns, daß die Sozialdemokratie in vorderster Front zur Abwehr der welfischen Bestrebungen gestanden hat. Ohne den erwachten politischen Sinn der Arbeiter keine Republik, ohne Republik kein Deutsches Reich!

Hannover, 19. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Die Abstimmung zeigte in den einzelnen Teilen des Abstimmungsgebietes stark abweichende Beteiligung. Das zeigt ein Vergleich der Resultate aus den einzelnen Städten und Landkreisen. In der Stadt Hannover wurden 67 815 Ja-Stimmen von insgesamt 290 822 Stimmberechtigten gezählt. Bei der Reichstagswahl hatte die welfische Partei nur 39 932 Stimmen in der Stadt aufgebracht. In Hildesheim stimmten von 36 436 Stimmberechtigten 3112 mit Ja, in Harburg von 45 401: 2647, in Göttingen von 24 624: 3305, in Osnabrück von 53 210: 2990, in Lüneburg von 18 203: 2318, in Celle von 15 904: 3986, in Grestemünde von 20 814: 1031, in Goslar von 13 121: 1407, in Verden von 7790: 1191, in Lehe von 24 709: 1531, in Verne von 11 562: 2535, in Verden von 5977: 1486, in Einbeck von 6035: 1443, in Hildesheim von 11 124: 3800, in Barsinghausen, einer welfischen Hochburg, von 2249: 572, in Barsinghausen, ebenfalls einer welfischen Hauptort, von 2058: 474.

Aus Landkreisen liegen bis jetzt folgende Ergebnisse vor: Landkreis Verden (ohne Stadt Spatenbrück) von 25 579 Stimmberechtigten: 3538 Ja-Stimmen, Verden von 11 201: 5743, Marienburg von 22 176: 4545, Lehe von 13 729: 4354, Barsinghausen von 10 894: 1202.

Danach haben die Welfen 50 bis 60 Proz. mehr Stimmen erhalten als bei der Reichstagswahl, sie hätten sie aber verdoppeln müssen, um zu ihrem Ziel zu gelangen. Gut abgesehen haben die Welfen in der Stadt Hannover und in den katholischen Gegenden der Provinz, um Osnabrück, im ehemaligen Stift Hildesheim und im Eichsfeld (Duderstadt), wo sie offensichtlich die Unterstützung katholischer Kreise fanden. Verhältnismäßig schlecht abgesehen haben sie dagegen in ihren eigentlichen Hochburgen.

Hannover, 19. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Der Oberpräsident von Hannover, Genoss. Roste, äußerte sich gelegentlich der Niederlage der Welfen in einem kleinen politischen Kreise persönlich über den Verlauf der Abstimmung und führte dabei etwa folgendes aus: „Die heutige Abstimmung bedeutet einen Wendepunkt in der neuen deutschen Geschichte. Der Gedanke der staatsbürgerlichen Vereinheitlichung hat über den angherzigen und reichsfeindlichen Partikularismus gesiegt. Entscheidend zur Rückweisung verdient die bayerische Einmischung in innerpreussische Verhältnisse, wie wir sie in dem Auftreten bayerischer verantwortlicher Politiker, wie des bayerischen Innenministers Dr. Schwenker zugunsten der

deutsch-hannoverschen Separatisten in den letzten Wochen erleben mußten. Die gemeinsame Arbeit aller politischen Parteien am Abwehrkampf gegen reichsfeindliche Bestrebungen hat gezeigt, daß stärker als alle innenpolitischen Gegensätze das Gefühl der Verantwortung gegenüber dem großen deutschen Volksganzen wirksam ist.

Hannover, 19. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Es ist interessant, die Frage aufzuwerfen, wer die ungewöhnlich hohen Kosten für die welfische Agitation getragen hat. Neben dem hannoverschen Uradel, der einen großen Teil seiner Einkünfte zur Agitation aufgewendet hat, allerdings gleichzeitig daneben den Behörden gegenüber seine Unfähigkeit erklärte, die Steuern zu zahlen, hat ein gewisser Teil der hannoverschen Großindustrie, vor allem die Stahl- und Eisenwerke in Hannover-Münden und andere große Firmen beträchtliche Geldmittel für die hannoversche separatistische Bewegung zur Verfügung gestellt. In diesem Zusammenhang gewinnt die Tatsache eine ganz besondere Bedeutung, daß der Herzog von Cumberland eine erhebliche Summe von mehreren Millionen Goldmark bei der hannoverschen Filiale der Hamburger Handelsgesellschaft zu angeblichen geschäftlichen Zwecken vor einiger Zeit eingezahlt hat.

Der Abstimmungskampf der letzten Tage brachte eine selbst für die hiesigen Verhältnisse außergewöhnliche Steigerung der politischen Auseinandersetzungen. Die welfische Partei überschäumte noch in letzter Stunde das ganze Land mit einer Flut gefälschter Flugchriften von angeblichen Kronzeugen für ihre Bestrebungen, unter denen im bunten Wechsel der früheren deutsche Kronprinz August Wilhelm, der demokratische Minister Koch und Genosse Beus zitiert wurden. Der bekannte Zeidler Risch hat durch die Propagandaplatate mit ihrer Parallelierung zwischen den welfischen und rheinisch-französischen Separatistbestrebungen die besondere Wut der Welfen erregt und wurde gestern abend auf Neuen von einem welfischen Hausen angegriffen.

Die Frage der Regierungsumbildung.

Wie die „Telegraphen-Union“ aus dem Reichstag erfährt, werden in dieser Woche die von den Mittelparteien in der vergangenen Woche unternommenen Bemühungen zur Aufstellung eines gemeinsamen Aktionsprogramms fortgesetzt. Diese Bemühungen haben nichts mit dem Gedanken der Bildung eines Nationalen Blocks der Mitte zu tun, der infolge des bekannten Fraktionsbeschlusses der Deutschen Volkspartei allgemein als erledigt angesehen wird. Das Aktionspro-

gramm der Mittelparteien wird sich hauptsächlich auf außenpolitische Fragen beziehen. Aus der Haltung der übrigen Parteien zu diesem Programm wird es sich ergeben, inwieweit bei der Regierungsumbildung ein Zusammengehen der bisherigen Koalitionsparteien mit den anderen Parteien möglich ist. Die Zentrumsfraktion tritt heute nachmittag 3 Uhr zu ihrer ersten Sitzung im Reichstag zusammen. Auch hier werden außenpolitische Fragen der Hauptgegenstand der Beratungen sein. Aller Voraussicht nach wird Reichsfinanzminister Marx in dieser Sitzung die augenblickliche politische Lage ausführlich darlegen. Die eigentlich konstituierende Versammlung der Zentrumsfraktion, in der die Neuwahl des Vorstandes vorgenommen werden soll, wird voraussichtlich zu einem späteren Termin stattfinden. In der Frage der Regierungsumbildung selbst sind bis jetzt noch keine entscheidenden Schritte unternommen worden. Das Reichskabinett wird auch in dieser Woche seine Arbeiten über die auf Grund des Sachverständigengutachtens anzufertigenden Gesetzentwürfe fortsetzen.

Konferenz der Innenminister.

Besprechungen über den zivilen Ausnahmezustand.

Wie wir erfahren, fand heute morgen im Reichsratsgebäude des Reichstags eine Besprechung der Vertreter der Innenministerien der Länder statt. Die Besprechung galt der Anwendung des zivilen Ausnahmezustandes auf die von der Rechten in der letzten Zeit systematisch veranstalteten Regimentsfeiern, Schlageter-Feiern und Deutschen Tagen.

Entscheidung der Bayerischen Volkspartei.

Gegen Künzling und die Welfischen. — Sieg Schwenker und der Gemäßigten.

München, 19. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Die Landesvorstandchaft der Bayerischen Volkspartei hielt am 17. und 18. Mai in München die mit Spannung erwartete Tagung ab, an der sämtliche hervorragenden Persönlichkeiten der Partei teilnahmen. Die Konferenz hatte die Aufgabe, die Auffassung in der Gesamtpartei bezüglich der nunmehr einzuschlagenden Politik klarzulegen und auf dieser Grundlage die Richtlinien für die weitere Politik der Landtagsfraktion der Bayerischen Volkspartei festzulegen. Im Mittelpunkt der Erörterungen stand naturgemäß der Rückblick auf die verflozene Regierungspolitik der Partei, so daß auch die

Was die Zechenbesitzer wollen.

Der Zechenverband nimmt an.

Essen, 19. Mai. (W.F.) Der Zechenverband hat ein Schreiben an den Reichsarbeitsminister gerichtet, in dem er erklärt, daß er sich trotz schwerwiegender Bedenken zur Annahme des Schiedsspruches für den Ruhrbergbau entschlossen habe. Leitend dafür sei für ihn die Absicht gewesen, alles nur Mögliche zu tun, um die bestehenden Arbeitsfreistellungen mit ihren verwerflichen Folgen zu beenden.

Die Annahme des Schiedsspruches durch den Zechenverband ist sehr wohl begreiflich. Die Zechenbesitzer haben durch den Schiedsspruch nicht nur alles erreicht, was ihnen der vom Reichs- und Staatskommissar für Rheinland-Westfalen gefällte Schiedsspruch zubilligte, sondern noch erheblich mehr. In diesem Schiedsspruche war bekanntlich die Verlängerung der Arbeitszeit bis zum 1. November 1924 befristet. In dem am Freitag gefällten Schiedsspruch ist die Arbeitszeitverlängerung bis zum 1. April 1925 unkündbar festgelegt, an welchem Datum sie erstmalig mit zweimonatiger Kündigungsfrist gekündigt werden kann. Mit anderen Worten: die Arbeitszeitverlängerung ist bis zum 1. Juni 1925, also auf mehr als ein Jahr festgelegt. Dazu kommt noch die Verschlechterung bezüglich der Kokerarbeiter, für die die Arbeitszeit noch über den vorletzten Schiedsspruch hinaus verlängert ist. Sogar der schwerindustrielle „Lokal-Anzeiger“ schrieb in seiner Abendausgabe vom Sonnabend, in der Meinung, die Bergarbeiter würden den Schiedsspruch annehmen, daß er „nur die Angebote enthält, die der Zechenverband den Gewerkschaftsführern bereits vor dem Streik gemacht hatte“.

Wenn in der Unternehmerpresse immer wieder vom einem „Streik“ der Bergarbeiter geredet wird, so genügt es, auf die Beschlüsse der Bergarbeiterverbände hinzuweisen. Die Bergarbeiter wollen arbeiten; die Zechenbesitzer allein sind es, die sie an der Arbeit hindern und die Zechen, ohne Rücksicht auf die wirtschaftlichen Folgen, stillgelegt haben. Um was es sich für die Unternehmer bei diesem Kampfe handelt, das sagt ein anonym gebliebener Bergwerksdirektor in der „Kölnischen Zeitung“ in Nr. 348 vom 17. Mai mit einer Deutlichkeit, die jeden Zweifel ausschließt. Er schreibt: Die Frage ist in Wirklichkeit nicht, ob im Bergbau in acht- oder siebenstündiger Schicht gearbeitet werden soll, sondern ob die Achtstundenschicht ausreicht, um den Zusammenbruch der Wirt-

chaft zu verhüten, oder ob zuletzt doch die Achteinstundenschicht wieder eingeführt werden muß. Es mag unpolitisch sein, das heute auszusprechen, aber hier soll die Wahrheit gesagt werden. Niemand kann heute diese Frage mit Sicherheit beantworten, und erst der Erfolg kann zeigen, was wir von uns allen an Arbeitsleistung verlangen müssen, um nicht zugrunde zu gehen. So mag es zunächst mit der Achteinstundenschicht im Bergbau versucht werden. Darin mögen zunächst mal alle anderen Betriebe mit einer angemessenen Verlängerung der Arbeitszeit folgen. Ohne das würde auch die längere Arbeitszeit im Bergbau vergeblich sein. Dann wird sich zeigen, ob wir so eine genügende Verbilligung und Vermehrung unserer Erzeugung erreichen, daß wieder auf jeden ein zum Leben ausreichender Anteil an der Gesamtgütererzeugung entfallen kann.

Also die Verlängerung der Arbeitszeit im Bergbau soll nur der Anfang sein zur allgemeinen Arbeitszeitverlängerung. Es müßte, schreibt der gemäßigteste Bergwerksdirektor, wieder mehr gearbeitet werden, „so viel nur die Muskeln und Nerven hergeben“. In der ganzen Welt hat sich das Unternehmertum nach und nach, wenn auch meist nur widerstrebend, eingestellt auf den Achtstundentag. Das deutsche Unternehmertum hat sich in seinen führenden Kreisen noch immer nicht damit abgefunden. Es hat durch die Inflation zunächst die Arbeitskraft ausgeplündert und verschleudert und versucht jetzt, da die Inflation zu Ende ist, mit der Rückkehr zum Zehn- und Zwölfstundentag sich konkurrenzfähig zu erhalten. Daß diese Methode, rein wirtschaftlich gesehen, heller Wahnsinn ist, braucht nicht nochmals nachgewiesen zu werden.

Gutachten des Reichswirtschaftsrats gefordert.

Zum Kampf im Ruhrbergbau meldet W.F.:

Wie die Erklärung des Bergarbeiterverbandes erneut ergibt, ist einer der Hauptstreitpunkte zwischen den Parteien die unterschiedliche Beurteilung der Frage, welche Arbeitszeit im hiesigen Augenblick rechtens ist, in dem die bisherigen Vereinbarungen abgelaufen sind und die Arbeitnehmerverbände den Schiedsspruch vom 16. Mai abgelehnt haben. Der Reichsarbeitsminister ist deshalb heute an den Hauptauschuß des vorläufigen Reichswirtschaftsrats mit der Bitte herantreten, sofort unparteiische, arbeitsrechtlich fundierte Gutachten zu beauftragen, die gebeten werden sollen, über die genannte Rechtsfrage nach Anhörung des Standpunktes beider Parteien in kürzester Frist ein Gutachten zu erstatten.

Träger dieser Politik, Ministerpräsident Knilling und der Minister des Innern, Schwieger, die Hauptreferate zu halten hatten. Die Bayerische Volkspartei-Korrespondenz gibt darüber folgenden partiellistischen Bericht:

„Dr. v. Knilling gab in großen Zügen einen Ueberblick über seine Regierungstätigkeit in den 1 1/2 Jahren seiner Ministerpräsidentschaft. Er ergriff die Gelegenheit, seine Politik gegenüber einer Reihe von Angriffen zu verteidigen, die in der letzten Zeit wiederholt erhoben worden sind. Anschließend an die Rede Knillings legte der Minister des Innern, Schwieger, die Richtlinien dar, nach denen in Zukunft die Regierungspolitik gestaltet werden müßte, um die erschütterte Staatsautorität wieder vollkommen zu festigen.“

Die eigentliche Debatte wurde eingeleitet durch eine Rede des Reichstagsabgeordneten Dr. Pflüger, der unter der lauten Zustimmung der Versammlung die bayerische Politik der letzten Zeit unter die kritische Lupe nahm mit dem Zweck, Richtlinien für die zukünftige Politik zu finden. Die Ausführungen Pflügers waren, wie die aller Redner, die in großer Anzahl nach ihm sprachen, von dem Grundgedanken erfüllt, daß die bayerische Volkspartei nur dann in Zukunft sich aktiv an den Staatsgeschäften beteiligen könne, wenn nach einem klaren, eindeutigen Programm regiert würde, das einzig und allein die restlose Wiederherstellung der Autorität des Staates im Auge habe, also die Voraussetzung der Zurückgewinnung des Ausschusses Bayerns im Reich und in der Welt. Die Meinung aller Redner ging dahin, daß die kommende Regierung, gestützt auf die legitimen Machtmittel des Staates, eine rücksichtslose und restlose Liquidierung der Zustände vornehmen müsse, die die verhängnisvolle Lage verschuldet haben, in welche der bayerische Staat geraten ist. In dieser Diskussion, die sich in vorgeranntem Sinne auf einer vollkommen einheitslichen Linie bewegte, beteiligten sich Vertreter aus dem ganzen Lande, auch aus der Pfalz. Die Diskussion wurde durch eingehende Darlegungen des Abg. Dr. Heib abgeschlossen. Ueberhaupt Beschlüsse wurden nicht gefaßt.

Trotz ihrer diskreten Zurückhaltung sagt diese Mitteilung dem Kenner der Verhältnisse, daß die Knilling-Politik eine allgemeine Verurteilung erfahren hat. Es ist außerordentlich bemerkenswert, daß die verächtliche Verteilung Knillings in der ganzen Versammlung kein Echo gefunden hat und sich sämtliche Redner, darunter auch die Abgg. Reich und Graf Berchthold, geschlossen hinter den neugewählten Reichstagsabgeordneten Dr. Pflüger stellten. Selbst Heib, wie der ganz rechts sitzende und einflußreiche Abgeordnete Schaeffer, der jüngst zum Parteivorsitzenden von München gewählt wurde, stimmten in die scharfe Kritik gegen Knilling mit ein. Es darf also nunmehr als ausgeschlossen gelten, daß Knilling wiederum für die Regierungsbildung berufen wird. Damit ist aber zugleich gesagt, daß für die Bayerische Volkspartei irgendein Zusammenarbeiten mit dem Balthischen Block nicht in Frage kommt.

Sie wollen nicht zahlen.

Tagung der industriellen Vereinigung.

Die neugegründete Deutsche Industrielle Vereinigung hat heute vormittag im Hotel Esplanade eine öffentliche Kundgebung gegen das Sachverständigen Gutachten veranstaltet. Es waren etwa 500 Vertreter von Verbänden und einzelnen Firmen vertreten — sehr viele davon lediglich zur Information. Die neue Vereinigung hat lediglich den Zweck, politische Opposition gegen die Annahme der Gutachten zu treiben. Kennenwerte wirtschaftliche Kräfte stehen nicht dahinter. Was der Vorsitzende der Kundgebung, Direktor Reites, als wirtschaftliches Ziel aufzeigte, war inoffizielle politische Phrase über „deutsche Wirtschaftsform“, die lediglich der Dekoration dient.

In seiner Begrüßungsansprache betonte Reites, daß die deutsche Industriellen-Vereinigung unabhängig von anderen Bewegungen gegründet sei. Zu ihren Aufgaben gehöre vor allem eine klare Stellungnahme zu dem Sachverständigen Gutachten. Die heutige große Versammlung der Industriellen-Vereinigung solle lediglich das bestätigen, was man unlängst in der Frage des Sachverständigen Gutachtens bereits festgelegt habe.

Die Industriellen-Vereinigung ist ad hoc gegründet, und wir würden es mit Genehmigung begrüßen, wenn der Reichsverband der Deutschen Industrie das Steuer herumwerfen und uns dadurch der Bind aus den Segeln genommen

würde. Meetings müssen wir nach Lage der Dinge bezweifeln, daß das den beteiligten Leitern des Reichsverbandes gelingen wird. Man hat danach gefragt, warum wir uns gegen die Eingensvereinigung der Arbeitgeberverbände wenden. Wir stehen unter dem Eindruck, daß diese Vereinigung in der Frage der Erfüllungspolitik und des Sachverständigen Gutachtens ihre Unabhängigkeit gegenüber dem Reichsverband der deutschen Industrie nicht genügend gezeigt hat. Wir glauben aber, daß in der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände unsere Ansicht von weitem Kreisen geteilt wird. Herr Dr. Sorge hat sich bezüglich dem Vertreter des Reichs-Bureaus zu erklären, man müsse seiner Ansicht nach das Gutachten annehmen. Dr. Sorge hat dabei nicht betont, daß wir uns in einer Zwangslage befinden. Das kann nur heißen, daß ihr das Sachverständigen Gutachten beliebt.

Der Referent, Oberfinanzrat Bang, wandte sich gegen die Sachverständigen Gutachten mit dem helferischen Wort vom zweiten Verfall. Statt wirtschaftlicher Vernunft, politische Hege im Stil von Helfferich.

Bei dieser Vereinigung handelt es sich um eine politische Unterstützungspolitik für den Vorstoß der Rechten zur Macht einerseits, um einen Versuch zur Sammlung der Opposition gegen die Haltung des Reichsverbandes der Deutschen Industrie andererseits. Annahme der Gutachten bedeutet Leistungspflicht der Industrie. Die Patentpatronen der neuen Industriellenvereinigung aber wollen nicht zahlen — das ist ihre ganze wirtschaftliche Vernunft.

Das Programm der französischen Linken.

Paris, 19. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Im „Devoir“ führt Robert de Jouvenel aus, daß die Parteien des Einheitsblocks sich zunächst über das Mindestprogramm der neuen Regierung einigen müßten, das er wie folgt formuliert:

Außenpolitik: Durchführung des Sachverständigenprogramms ohne Reserven und Vorbehalte; Verzicht auf die Methoden des Zwangs gegenüber Deutschland in dem Maße, in dem dieses den Weg der Erfüllungspolitik beschreitet; Freilassung aller deutschen Gefangenen ohne jede Gegenleistung, da man in einer Angelegenheit der Menschlichkeit nicht handeln dürfe; Ueberweisung der Regelung der Frage der Sicherheit und Abrüstung an den Völkerbund; Anerkennung der Sowjetregierung, die die Vorbereitung für eine gemeinsame Politik der Alliierten gegenüber Rußland sei.

Innere Politik: Volle Amnestie; Wiedereinstellung der entlassenen Eisenbahner; Wahlrechtsreform; Änderung der reaktionären Unterrichtsreform; Wiederherstellung des Jüdenmonopols und endlich die Demission Millerands. Das seien die dringendsten Aufgaben. Für später würden hinzukommen eine demokratische Finanzpolitik, die Reform der Militärgeetze und die Durchführung eines sozialpolitischen Programms. Alle diese Forderungen würden mit Inneerhaltung der Sozialisten leicht verwirklicht werden können, ohne deren Mitarbeit aber auf zahlreiche Schwierigkeiten stoßen. Deshalb könne man einstweilen in den bürgerlich-demokratischen Kreisen nicht daran glauben, daß die sozialistische Partei ihrerseits daran denken könne, ihre Mitwirkung zu verweigern.

Daß dieses Programm die rücksichtslose Billigung nicht nur der Führung, sondern auch der Parteien der demokratischen Linken hat, zeigt eine Resolution, die am Sonnabend das Exekutivkomitee der Republikanisch-Sozialen Partei angenommen hat und in der den Mitgliedern der Eintritt in ein Kabinett verboten wird, das sich nicht verpflichtet, noch vor dem Beginn der Parlamentssitzung im August die folgenden Programmpunkte durchzuführen: 1. Die Demission Millerands, der durch die Sprengung der Konferenz von Cannes, durch die Rede in Dreuz, durch die Stellung der persönlichen Vertrauensfrage seine verfassungsmäßigen Befugnisse überschritten und sich zum Chef einer Partei bekannt habe deren Politik geschlagen worden sei. 2. Wiederherstellung der Arrondissementswahlen. 3. Bülige Amnestie. 4. Aufhebung der Umsatzsteuer und ihre Ersetzung durch eine Besteuerung der großen Vermögen. 5. Aufstellung eines Finanzprogramms zur Bilanzierung des Budgets ohne neue Anleihen. 6. Sofortige Aufnahme der Verhandlungen mit den Alliierten zum Zwecke der schleunigen Regelung des Reparationsproblems und der Sicherheitsfrage auf der Grundlage des Gutachtens der Sachverständigen.

Herriot, der am Sonnabend nach Lyon zurückgekehrt ist, hat auf alle ihm gestellten Fragen geantwortet, daß er vor dem 1. Juni nichts zu sagen habe. Da ihm von dem Abgeordneten Roulet in den Mund gelegte Versicherung, daß er die Bildung der Regierung nur übernehmen werde, wenn er der Beteiligung der Sozialisten sicher sei, hat er weder dementiert noch bestätigt. Dagegen hat Herriot erklärt, daß die erste Aufgabe der neuen Mehrheit die Aufhebung der im März beschlossenen Ermächtigungsgesetze, die Abänderung der reaktionären Unterrichtsreform und die Wiederherstellung des Jüdenmonopols sein werde. Die Durchführung der 20prozentigen Steuererhöhung werde ebenso wie die gesamte Finanzpolitik im hohen Grade bestimmt werden von der Außenpolitik, d. h. der Regelung der Reparationsfrage. Das erste Ziel auf außenpolitischem Gebiet sei die Wiederherstellung guter Beziehungen zu allen Nationen. Herriot, der es ablehnte, auf Einzelheiten einzugehen, erklärte, die neue Mehrheit werde sehr viel guten Willen an den Tag legen, sie verlange aber einen gleichen guten Willen auch von den anderen Nationen.

Russisch-amerikanischer Konflikt.

Aus Rostau kommt die aufsehenerregende Meldung, daß die amerikanische Regierung an China eine Note gerichtet habe, in der sie diese vor der Anerkennung Sowjetrußlands warnt, da eine solche zu internationalen Verwicklungen führen werde.

Wenn diese Meldung zutrifft, so ist sie geeignet, die Lage im fernsten Osten in einem ganz neuen Lichte erscheinen zu lassen. Bekanntlich brach vor etwa zwei Monaten zwischen der Sowjetregierung und der chinesischen Regierung Li Wan ein Konflikt aus, der mit der Abreise des russischen Gesandten Karadach aus Peking endete. Schon damals hieß es, daß dieser Konflikt infolge der Einmischung Amerikas, Englands, Frankreichs und Japans ausgebrochen war, die gegen den Abschluß eines russisch-chinesischen Vertrages Einspruch erhoben hätten. Nach der Abreise Karadachs wurden die russisch-chinesischen Verhandlungen inoffiziell in Moskau und Peking fortgesetzt. Um diesen Verhandlungen ein Ende zu setzen, sind nun die Vereinigten Staaten aus ihrer Reserve hervorgetreten und haben kurz vor der chinesischen Regierung verboten, Sowjetrußland anzuerkennen.

Dieses Auftreten der Vereinigten Staaten bedeutet nicht nur eine ungeheuerliche Beilegerung Chinas, das wie ein Vasallenland behandelt wird, es erscheint auch als ein feindseliger Akt gegenüber Rußland, dessen de-jure-Anerkennung nun von Amerika verboten wird. Man geht wohl in der Annahme nicht fehl, daß es sich hier nicht um eine theoretische Streitfrage, sondern um konkrete politische und wirtschaftliche Interessen handelt. Das geplante Abkommen zwischen Rußland und China sieht nicht nur die Anerkennung Sowjetrußlands, sondern auch die Regelung der Frage der ostchinesischen Bahn und der wirtschaftlichen Beziehungen beider Länder vor. Diese Fragen sind es vor allem, die die heutige Einmischung der Vereinigten Staaten heraufbeschworen haben. Denn Amerika betrachtet China als eines seiner wichtigsten Absatz- und Ausbeutungsgebiete und wacht deshalb eifersüchtig darüber, daß Rußland ihm nicht im fernsten Osten Konkurrenz macht. Das heutige Auftreten der Vereinigten Staaten gegen Rußland kann deshalb für die gesamte internationale Politik die größte Bedeutung erlangen.

Schwierigkeiten an der Börse.

Die heutige Börse sah ziemlich schwankend ein. Der Stimmungsumschlag, der ganz unerwartet kam, ist zum allergrößten Teil der Nachricht vom dem Zusammenbruch der Becker-Stahlwerke u. a. zuzuschreiben.

Im übrigen bleibt die Geldmarktlage leicht. Täglich Geld ist zu einem Satze von 1/2 bis 1/4 pro Mille zu bekommen. Der Devisenmarkt erholt heute einen Rückgang der Anfechtungen. Der französische Franc, der an den internationalen Börsen des Sonnabends unheimlich tendierte, wurde im heutigen Umlaufverkehr mit 77 1/2 im Austausch gegen London gehandelt.

Die Stadt Dortmund teilt uns mit, daß sie nicht an ausgeperrte Bergleute allgemein, sondern nur individuell an besonders bedürftige Familien Unterstützung gewährt hat.

Ostasiatische Kunst.

Die Ostasiatische Kunstabteilung, die jüngste, bisher verfaßt in Magazinen ausbewahrte Abteilung der Berliner Museen, ist in diesen Tagen endlich an die Öffentlichkeit getreten: still, ohne Prunk und ohne Einweihungsreden wurden die Säle aufgemacht, die im ersten Stock des früheren Kunstgewerbe-Museums in der Prinz-Albrechtstraße für die Ostasiatische Kunst umgebaut worden sind. Es sollen neue Räume werden, bisher sind sieben davon zu sehen, die beiden Räume für die altbuddhistische Kunst Chinas und Japans fehlen, da die Bauarbeiten noch nicht beendet sind.

Ohne Kopien ostasiatischer Gemäler schaffen zu wollen, haben Direktor Prof. Otto Ramm und sein Mitarbeiter Dr. William Cohn eine Folge von Räumen angeordnet, die mit ihren schlichten neutralen Hintergründen eine stille feine Auffassung weniger erlebter ostasiatischer Kunstwerke gestatten. Das verteilte weiche Licht hinter den Vorhängen, unter den niedriger gelegten Decken der Museumsäle ermöglicht bis in die Sechsteilen die genaueste Betrachtung. Die Ausstattung der Räume ist aus den Erträgen der Doubletten-Versteigerungen der Kunstabteilung bestritten worden.

Diese erste Schau zeigt etwa ein Drittel des Bestandes, in zwei weiteren Lieferungen sollen nach einigen Monaten die beiden anderen Drittel folgen. Zum ersten Male sieht man da einen Ausschnitt aus dem stolzen Besitze, den die Berliner Kenner in den letzten Jahrzehnten gewonnen haben, ohne fast auch nur einen Pfennig an öffentlichen Mitteln für die Erwerbung zu beanspruchen. Denn wie die Tafeln bei jedem Stücke melden, sind es alles Geschenke.

Bei der letzten Anordnung betritt man die Raumfolge mit der jüngsten Kunst. Das Bedeutendste ist im letzten Saale: die große chinesische Malerei des 18. Jahrhunderts. Da hängen in ihren Rahmen die großartig im Pinselfatz belebten Bildnisse des Wu-Chi, dann die Reihe von 8 buddhistischen Heiligen mit ihren Begleitern, Werke des Shi-Chin-Chü-Schih, geistesgemäße Männer von höchster Konzentration, sorglos erlesen in den Tönen, an deren Palina die Zeit mitgehört hat. Und an den Schreibstiften, an der feinen Keramik, an den Teedüchsen mit den vier Beuteln, in denen sie den Jahreszeiten entsprechend aufbewahrt wurden, genießt man die höchsten Werte dieses Kunstgewerbes, das nirgendwo feineres hat. Der zweite Raum bringt die japanischen Gegenstände. Der genialen Schöpferkunst Chinas stellt sich das geistreich ausgefallene Pinselfert und Kleingerät des Insektens gegenüber. Die Reihe im Lotus, zwei Bilder von Kōami, gehören zu den feierlichen Landschaftssymbolen, die im Befolge der japanischen Zen-Sekte geschaffen wurden. Deren Grün-Daruma erscheint in einem monumentalen Idealbildnis. Der berühmte Hahn des Sesshū, ein Werk des 15. Jahrhunderts, zeigt die ganze Vollendung dieser von Leben zuckenden Pinselfert. Und ein Meisterwerk wie der Schreibstift mit den fliegenden Reihern auf dem Buchdeckel zählt technisch wie künstlerisch zu den Unbegreiflichkeiten jener alten ostasiatischen Welt.

Der große Barockaal der Abteilung erhält durch zwei Schichten auf Gold, Werke der Kano-Schule um 1630, sein Gepräge: Herren und Damen bei Breitspiel, Musik, Bildbetrachtung. Ein anderer Schicht, von großem dekorativen Farbenreiz auf dem Goldgrund, zeigt die Bücher eines japanischen Hauses so ausgeschüttet, wie sie in jedem Herbst, nach der Regenzeit, dort gefaltet werden, damit sie keine Straßende bekommen. Der große Raum des Korin begegnet bei einem Album mit Fächerbildern, unter denen man eine rote Komödie, eine weiße Ölgemälde bewundert, und bei einem Schreibstift, mit Zypressenbüscheln draußen, einem Tempeltor drinnen, das der Reibstein bildet, aus Goldblech mit Einlagen von Blei und Perlmutt. Noch heute im Gebrauch im Theater sind die No-Masken, Typen wie das weibliche Gespenst, die Eifersüchtige, das in einen Dämon verwandelte Mädchen. Japanische Schwerter, Stabblätter, Beschläge reiner Form liegen in den Wägen. Im nächsten Raum bildet der erschütternd stimmungsreiche Regenturm des Wu-Schien, ein chinesisches Werk aus dem 15. Jahrhundert, den Mittelpunkt. Ein Breitbild des Chian-Lung um 1500 schildert Winter und Herbst in der eindringlichen Weiße dieser auf ganz wenige Mittel konzentrierten Pinselfert. Die weiteren Säle führen besonders an Hand japanischer Werke bis in die neueste Zeit. Durch ihren Farbenreiz sollen die Bilder der Meister der Ukiyo-Schule auf, die man sonst nur in ihren Holzschritten zu bewundern pflegt: die pitanten Figuren der Moronoku, Katsutawa, Shunsho, Hōsai.

Alles in allem bewundert man, mit welchem Geschick, ohne auf den großen Kunsthandel Amerikas und Englands zurückgreifen zu können, hier eine ostasiatische Kunstsammlung geschaffen wurde, die an Erlebenswert nur in Dipsen steht und in den besten amerikanischen Sammlungen ihresgleichen hat.

Räufelraten.

Das wird nun so heiter mit den Kapellmeisteren Berlins, daß man endlich ernst sprechen muß. Mit dem Definitivum Kleiber-Szell an der Staatsoper wird man sich am ehesten abfinden, da beide Dirigenten rechtes Theaterblut und Temperament haben, auch Kraft ihre Kräfte zeigen und in Bratorius eine solide, wenn auch nicht erstarrte Stütze haben. Die zweit- und dritformatigen Kapellmeister sind Rotbeißer und wohl unentbehrlich, auch wenn Spieloper, Balletts u. ä. sehr belanglos interpretiert werden. Wesentlich schon ist die Wahl Kleibers zum Dirigenten der Staatsoperkonzerte. Sie hat noch Abendroths Flauto und Buschs Gelegenheitsersatz für den meiste Aussicht für einen freundigen Zufuß des Publikums.

Wichtig geht's an anderen Opernhäusern zu. An die Staatsoper wird Kleiber erufen. Wir bezweifeln die günstige Aussicht, hellen Szenen für durchaus befähigt und — wurden dementiert. Kleiber zieht sich zurück, ein lotharer Vertrag zu Gastspielen kommt zustande, hat aber von vornherein wenig Haltkraft, wenig Ausflüchten. Er bemüht sich unterdessen wieder um Köln. Die rheinische Zentrals hat Stolz und wirkt ab. Szenator erhält den Posten, in ehelicher Konkurrenz mit Reich und Walter. Reich demissioniert in Charlottenburg aus immer noch dunklen Gründen. Der Bühnen-

versin erklärt ihn für kontraktlos. Trotzdem dirigiert er, mit bekanntem Schwung, mit einzigem Temperament eine Carmen-Aufführung in der Volkoper. Das Orchester folgt ihm gut, doch die Bühne ist schlapp, keine Probe scheint die Ehre und Solisten bescheid, verwirrt, gebeißert zu haben. Vera Schwarz ist vielleicht die klügste und durchnähteste Carmen, nicht aber die langweiligste. Eine grelle Höhe zerstört jeden Augenblick gute Wirkungen. Will und soll nun Blech an die Volkoper? Will er endgültig in Berlin umziehen? Er schaffe dann, bei dem solchen Entfembe des Hauses, die Gosterei endgültig ab. Dobrowen und Zweig werden leitendste Adjutanten sein.

In Charlottenburg ist die Situation am ungeklärtesten, obgleich hier die Oberleitung gegenüber den wirtschaftlichen Vorkenntnissen am notwendigsten wäre. Man hat, wie verlautet, wieder an Kleiberer gedacht. Wählüsse mit sehr guten Solisten wurden getroffen. Zwei junge Kapellmeister bilden das Interregnum. Im übrigen schwabb alles in der Luft. Weingartner als Gast war eine Attraktion nur für wenige. Er dirigierte die „Meister-singer“ tapfer, routiniert, ohne große Leidenschaft. Der Saal-Raschles hob die Aufführung, und die Qua der Seinemeyer drückte das Niveau nicht. Ueberhaupt war die Aufführung für eine Verständigungsprobe respektabel. Gute Vorbereiter täten allen Opernhäusern gut. Mit Matadore ist uns nicht geholfen. Und über Nacht wird aus einem Landhofschen kein Schloss. Über Ordnung muß werden. Sonst sterben die Dirigenten vor lauter Fieberkräften dahin. Und die Opernhäuser mit ihnen. Es ist schwer, über die Berliner Oper keine Satire zu schreiben. Und es ist Zeit, Ernst zu machen mit dem Aufbau. Daß Weingartner überhaupt wieder in Berlin dirigiert, wird von der nationalsozialistischen Presse schwer bekämpft. Er hatte einst seinen Namen unter das gefährliche Manifest der Intellektuellen gesetzt (1914) und diese Unterschrift, wie viele schnell Bekehrte, wieder zurückgezogen. All diese politischen Abschweifungen oder Entgleisungen, verbunden mit einseitigen Urteilen, sind im Munde eines Künstlers völlig überflüssig. Aber sie unterwerfen uns nicht, da Weingartner als Politiker ein Scherz und als Künstler dennoch ein Genie sein kann. Wir haben keinen Grund, Weingartners politische Expektorationen zu untersuchen, sie zu verdammen oder zu billigen. Dirigiert er, so steht seine musikalische Leistung vor Gericht, nicht der Mensch, nicht der unreligiöse Politisierende. Kurt Singer.

Alfred Schmasow ist im Alter von 62 Jahren an den Folgen einer schweren Grippe gestorben. Er gehörte einst, erst im Adolf-Croft-Theater, dann im Schäfer-Theater, zu den volkstümlichsten Berliner Kamikern, dessen brockiger, urwüchsiger Humor viele Bewunderer fand. In den letzten Jahren nahm er kein Engagement mehr an, trat aber gelegentlich als Rezitator seiner idyllischen Gedichte und Couplets auf.

Ostasiatische Kunst. Der bis jetzt fertiggestellte Teil der Ausstellung aus den Beständen der Ostasiatischen Kunstsammlung im Erdgeschoss des Museums Prinzen-Albrecht-Strasse 7, ist, von jetzt ab täglich (mit Ausnahme von Montag) von 9-3 Uhr für den Besuch geöffnet. Der Ausbruch der Ephebidion Amundsen, die mit Wasserbomben gegen Nordpol erreichen will, ist auf die erste Janiwache verlegt worden.

Der Manentag in Fürstenwalde.

Uebergänge der Polizei. — Denunzianten an der Arbeit.

Dem „Deutschen Tag“ in Halle folgte am Sonntag ein Manentag in Fürstenwalde, weniger blutig, aber dennoch empfindend für jeden Republikaner. Bekanntlich zogen die Kommunisten aus den Vorgängen in Halle die Lehre, gemäß der Verordnung des Reichspräsidenten alle öffentlichen Kundgebungen zu unterlegen. Der Manentag äußerte sich deshalb nicht in großen Straßendemonstrationen, sondern in „notwendigen“ Kundgebungen auf dem Kasernenhof in Fürstenwalde. Noch bevor das Verbot öffentlicher Umzüge für den Manentag ausgesprochen war, hatten die Kommunisten eine Gegendemonstration angeführt. Soweit sie sich äußerlich durch Abzeichen zu erkennen gaben oder nur den Verdacht, Kommunisten zu sein, am Bahnhof anzuweisen, wurden sie von der Polizei angehalten und nach Waffen untersucht. Vereinzelt wurden Schusswaffen und Schlagringe gefunden. Die Besitzer dieser Waffensachen wurden inhaftiert, zu Protokoll vernommen, aber am Abend wieder freigelassen. Soweit war die Polizei vollkommen im Recht. Sie hatte auf Grund der Parole in der „Rosen-Jahre“ auch berechtigten Anlaß, die Umgebung von Fürstenwalde abzusperren und die einzelnen Passanten nach dem Ziel ihres Weges zu befragen. Aber was uns trotz unserem Verständnis für die schwierige Aufgabe der Polizei unverständlich bleibt, ist die Art und Weise ihres Auftretens in der Innenstadt im Verlauf der letzten Vormittagsstunden. Insofern ist es begreiflich, wenn es zu Zusammenstößen kam und die Polizei am Abend des Manentages drei Leichtverwundete, die durch Messerschläge verletzt waren, zählte. Das war nur möglich durch ihr eigenes Vorgehen, das zuguterletzt auch das harmloseste Gemüt erregen mußte. Kein Wunder, wenn sich die Nationalisten äußerlich sicher fühlten und nach erfolgter Eröffnung des Manentages im Kasernenhof unter der schwarz-weiß-roten Fahnen der Spießbürger in voller Friedensform, gekrönt mit Orden Wilhelm II., mit Kind und Kegel promenierte. Da ihr Sicherheitsgefühl ging so weit, daß sie mißliebige Bürger der Stadt denunzierten und — man sollte es eigentlich kaum glauben — die Polizei auf diese Denunziationen einging und sich die betreffenden nichtschonenden Personen entsprechend vornahm. Wer stellte die Kasernen für den Manentag zur Verfügung? Und wer hat den Soldaten des in Fürstenwalde liegenden Regiments anbefohlen die uniformierten Gasse mißlieblich zu grüßen?

Folgende Einzelheiten werden uns über den Verlauf des Tages in Fürstenwalde mitteilen: Auf dem Fürstenwalder Bahnhof herrschte am Ausgang der Sperrzone eine geradezu peinliche Kontraste. Fast jeder Ankommende, der sich in Bänderogelegtheit befand, wurde auf Waffen untersucht. Wackerlich erschien es, wenn beim Eintreffen des Berliner Juges ein Schuppenbeamter, bewaffnet mit einer Maschinenpistole, aus dem Bahnhofsgebäude heraustrat und die Lustigster unter Kontrolle nahm. In den Straßen Fürstenwaldes kausen fortwährend stark besetzte Polizeiautos umher. Mitten aus der Menge heraus wurden dann Verhaftungen vorgenommen, die meist in sehr wenig einwandfreier Weise vor sich gingen. Daß die Polizei sich über einen blutigen, gefassten jungen Mann noch lustig machte, sei nach dem Bericht eines Augenzugegenen erwähnt. Die Straßen waren mit Girlanden geschmückt, denn die Denkmalsweihe im Boxarettarten (gegenüber der Kaserne) war ja schon lange geplant. Am 16. Mai führte sich der Sinfoniestar des Regiments, und nun hielt man die Zeit für gekommen, die Feier abzuhalten. Von der ununterrichteten Seite teilt man uns mit, daß die Feststellung bemerkt gewesen sein soll, darauf zu achten, daß die Veranstaltung sich in einem neutralen Rahmen hielt. Man wollte schließlich die gefallenen Kameraden ehren, Einioe alte Offiziere verließen zwar, der Veranstaltung ein republikanisches Gepräge zu geben, hielten aber damit nur wenig Bild. Die Kasernen wiesen keinen Flammenschmuck auf. Sonntag früh um 9 Uhr sah sich die Teilnehmer des Manentages wachlos in Bewegung, um in der Kirche der Ausstellung der Gedenkstiftung, auf der die Namen der gefallenen Krieger stehen, beizuwohnen. Die Traditionsstadien des Manentages, die heute 2. Eselodon des Reiterregiments 9, nahm mit ihrem Trompetekorps an der Feier teil und zog geschlossen zur Fürstenwalder Domkirche. In der Vorhalle wurden die beiden Gedenkstiftungen im Beisein der Regimentsvereine von Fürstenwalde, Frankfurt a. O. und Berlin aufgestellt. In den Nachmittagsstunden versuchten die Kommunisten, die erlittene waren, daß ihre Protestkundgebung in Reichenberg b. Fürstenwalde infolge der scharfen Sperrzone unmöglich gemacht wurde, bis zur Kaserne vorzudringen. Sie zogen sich darauf in ein Lokal zurück und sollten nachmittags mit dem Zug 2.48 Uhr mit Gewalt nach Berlin zurücktransportiert werden. Erst nach längerem Bemühen gelang dieser Plan. Kaum aber hatte sich der Zug in Bewegung gesetzt, zogen die Kommunisten die Rollbahn und versuchten den Zug zu verlassen. Im gleichen Augenblick nahie ein Zug aus Berlin und es hätte nicht viel gefehlt, so wäre ein Unfall von furchtbaren Ausmaßen entstanden. Schupo und Bahnpolizei ließen wieder die Gummiknüppel spielen und endlich war es soweit, daß der Zug abfahren konnte. In den Abendstunden fanden in Fürstenwalde noch einzelne Feiern statt, die ohne Zwischenfall vor sich gingen.

Katholische Lokale Feiern fanden in Frankfurt a. d. O. und auch in Guben statt; sie spielten sich ohne bemerkenswerte Zwischenfälle ab.

„Stahlfelme“ und „Reichsbanner Schwarzrotgold“.

Dresden, 19. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Die gestrige Kundgebung der rechtsradikalen Organisationen in Dresden hat nach dem Verbot des öffentlichen Umzuges und der Fahnenparade einen ziemlich kläglichen Verlauf genommen. Der große Saal, in dem die Stahlfelme-Fahnenweihe stattfand, war nicht einmal restlos gefüllt, obwohl zahlreiche radikale Vereine mit ihren Abteilungen herangezogen worden waren. Offenbar hat auf einen Teil des Stahlfelmerturns der republikanische Gegenangriff abschreckend gewirkt. Die Polizei hatte, um Zusammenstöße zu vermeiden, starke Abperrungen vorgenommen, doch verlief der Tag ruhig und ein Einschreiten der Sicherheitsbehörde erwies sich als unnötig. Die republikanische Gegenkundgebung des Reichsbanner „Schwarzrotgold“ war sehr stark besucht. Sie erhielt eine besondere Note durch die Teilnahme des Oberpräsidenten Genossen Zimmer, der eine republikanische Ansprache hielt. Anschließend sprach der demokratische Bundtagsabgeordnete Hermann und der sozialdemokratische Landtagsabgeordnete Genosse Winger. Die Kommunisten haben, soweit festzustellen war, nichts Besonderes gegen die Hakenkreuzler unternommen, wenigstens nichts, was öffentlich in Erscheinung trat.

Die Voruntersuchung gegen Frau Bischof.

In dem Ermittlungsverfahren gegen Frau Helene Bischof, die des Giftmordes in vier Fällen angeklagt wird, wird die Voruntersuchung, die von dem Untersuchungsrichter Landgerichtsrat Kruspi geführt wird, sehr bald zum Abschluß gebracht werden können. Daß das noch nicht geschehen ist, ist darauf zurückzuführen, daß erst jetzt die Sachverständigenuntersuchungen, die die Verduldung der ausgegrabenen Leichen und die Untersuchung der Leichenteile betreffen, der Medizinrat Prof. Dr. Fraentel und Medizinrat Dr. Stoerschheim sowie des Gerichtsärzters Dr. Brünig bei dem Untersuchungsgericht einbezogen sind. Dem Vernehmen nach sind die Ergebnisse der gründlichen Untersuchung negativ ausgefallen, es haben keinerlei Spuren von

Morphium, Gas oder irgendeines anderen Giftstoffes in den Leichenteilen festgestellt werden können. Frau Bischof befindet sich infolge der durch zwei Monate durchgeführten dauernden Berechnung in einem Zustand völligen geistlichen und körperlichen Zusammenbruchs, so daß Justizrat Wronker den Antrag gestellt hat, Frau Bischof auf ihren Gesundheitszustand untersuchen zu lassen.

Ein neuer Frauenmord.

Der mutmaßliche Täter verhaftet.

In der Friedrichselder Straße 9 wurde die 45jährige Ehefrau Johanna Kuschelewski, geb. Barlat, in der Nacht vom Sonntag zum Montag um 2 Uhr von ihrem Ehemann ermordet aufgefunden. Der mutmaßliche Täter wurde festgenommen. Die Kommissionskommission begab sich alsbald an den Tatort.

Die Eheleute Kuschelewski bewohnen in der Friedrichselder Straße 9 im Obergeschoss parterre rechts ein Zimmer und Küche. Gegen 12 1/2 Uhr hatte eine Frau, die die unter der betreffenden Wohnung gelegenen Kellerräume bewohnt, Hilferufe gehört. Sie glaubte an einen eheleichen Zwist und kümmerte sich nicht weiter darum. Nach kurzer Zeit verließ sie mit einem Bekannten ihre Wohnung. Wenige Häuser weiter traf sie den 35 Jahre alten Ehemann Kuschelewski und teilte ihm ihre Wahrnehmung mit. Dieser eilte jetzt nach Hause. Auf sein heftiges Klopfen wurde die Tür geöffnet, ohne daß die Sicherheitstür abgehakt wurde. Im Schein eines Wachslichtes sah er einen mittelgroßen, schwarzhaarigen Mann, der die Tür sofort wieder zuschlug. Er eilte jetzt eine Treppe höher hinauf, klopfte die Bewohner heraus, und ließ sich eine Lampe, einen Stuhl und ein Beil geben. Auf dem Hof stellte er den Stuhl unter das Wohnungsfenster, bedeckte es ein und stieg dann in das Zimmer. Da hier alles still war, ging er in die Küche und fand seine Frau leblos vor. Plötzlich hörte er im Nebenzimmer ein Geräusch. Wie er ihm nachging, sah er einen Mann, der sich an die Wand gedrückt hatte, so daß er ihn zunächst nicht gesehen hatte. Der Mann entfloh durch das Fenster. Er wurde aber von den inzwischen herbeigekommenen Mietern des Hauses an der weiteren Flucht gehindert. Der mutmaßliche Mörder ist ein 27jähriger Franzose Bonzed, der aus Chualala in Algier stammt. Er war bei dem 28. algerischen Infanterieregiment in Wiesbaden, desertierte im Januar d. J., wurde aufgegriffen und kam in das Sammellager für Delinquenten in Magdeburg. Hier wurde er am 14. Mai entlassen und wandte sich nach Berlin.

Zwischen war der Gerichtsarzt Dr. Straßmann jun. eingetroffen. Der Tod war durch Ermürgen eingetreten. Die Fingerabdrücke und Nägelrisse waren noch am Hals zu sehen. Auch Bonzed zeigte an der rechten Schläfe und am linken Arm leichtere Kratzen. Wahrscheinlich hat ein Kampf zwischen dem Mörder und dem Opfer stattgefunden. Bonzed behauptet, erschaffen, der Mörder zu sein. Er ist von der ihm unbekanntem Frau auf der Straße angesprochen worden und sei mit ihr mitgegangen. Dies stimmt soweit, denn eine Zeugin ist ermittelt worden, die die beiden vor dem Lokal „Zum Afrikaner“ gesprochen und verlassen hat. Sie erkannte den Franzosen sofort wieder. Bonzed behauptet, dann mit der Frau in ihre Wohnung gegangen zu sein. Während sie auf dem Sofa saßen, hörten sie plötzlich draußen Stimmen. Es klopfte. Er sei aus Angst vor dem Ehemann ins Nebenzimmer geflüchten und habe durch die Türspalte sogendes beobachtet: Kuschelewski wäre während in das Zimmer gekommen, habe seine Frau am Hals gepackt gewürgt und über das Sofa geworfen. Ein zweiter Mann habe ihn begleitet. Bei seiner Flucht aus dem Fenster sei er dann ergriffen worden. Diese Angaben bedürfen natürlich der Nachprüfung.

Sonntagsarbeit der Feuerwehr.

Großfeuer kam am Sonntagabend gegen 8 Uhr in Abwesenheit der meisten Mieter in dem Vorderhaus und Seitenflügel des Hauses Mariannenstraße 4 aus noch unermittelter Ursache zum Ausbruch und verursachte erheblichen Schaden an Inneneinrichtungen und auch an Mobilität. Als die 2. Kompanie aus der Kopenicker Straße an der Brandstelle erschien, stand der Dachstuhl des Vorderhauses und Seitenflügels schon in solcher Ausdehnung in Flammen, daß mit vier Schlauchleitungen unverzüglich von mehreren Weibern angegriffen werden mußte. Branddirektor Bader ordnete einen unangenehmen Angriff an, weil schon eine Dachwohnung völlig brannte. Ein Feuerwehrmann Schupp erlitt beim Eindringen in die Wohnung Schnitt- und Brandwunden an den Händen. Andere stiegen unter der großen Qualmentwicklung. Schließlich gelang es, die Flammen auf die Dachfläche und Dachwohnungen zu beschränken. Die oberen Geschosse haben nur etwas durch Wasser Schaden erlitten. Der 15. Zug hatte abends in der Straße Alimcebit 98-103 (Meierei C. Bolle) zu tun, wo infolge von Kurzschluss in einem Juchsaalraum des dortigen Kinosalles Feuer ausgebrochen war. Es brannten Dachbalken und die Verholung usw. während einer Vorstellung. Das anwesende Publikum blieb ruhig und verließ ohne jede Störung den Saal. Der Feuerwehr unter Leitung des Haupteinschneiders gelang es, die Flammen auf ihren Herd zu beschränken. In der Dorotheenstr. 23 brannte der Keller der ehemaligen sächsischen Werkhülle und sechsen Postbedarmer. Während der Fahrt geriet ein Wagen der 2. Klasse der „Heilbrunnbahn“ in Wühlend in Brand, vermutlich durch eine brennende Zigarette. Beamte löschten die Flammen auf der Station Rosenhof.

Handtaschenräuber und Revolverheld. Gegen 11 Uhr nachts wurde eine Dame in der Ebereschalloe, Eds Lindenallee, von einem Mann überfallen und ihrer Handtasche beraubt. Der 25jährige Suder Waldemar Große, der Zeuge des Vorfalles war, nahm die Verfolgung des Räubers auf. Als er ihn fast erreicht hatte, drehte sich der Täter um und warf einen Schuh ab, durch den Große am rechten Fuß verletzt wurde, so daß er die Weiterverfolgung aufgeben mußte. Der Täter ist entkommen.

„Columbus“ wieder in Bremerhaven. Der norddeutsche Mond-Dampfer „Columbus“ ist nachts 12 1/2 Uhr nach glänzendem Verlauf seiner Fahrt von seiner ersten Reise in Bremerhaven eingetroffen. Trotz der späten Nachtstunde hatte sich eine tausendköpfige Menschenmenge am Pier eingefunden, die das Schiff, das in seiner strahlenden Beleuchtung einen imposanten und feierlichen Anblick bot, lebhaft begrüßte. Die Passagiere wurden an der Landebühne gelandet und am Morgen mit Entzügen weiterbefördert.

Wolkenbruch und Ueberschwemmung. In der Nacht zum Sonntag ist Krakau von einer durch einen Wolkenbruch verursachten großen Ueberschwemmung heimgesucht worden. Viele Häuser stehen bis zu den Fenstern unter Wasser.

Ein Klaffenpost von der „Digmuden“. Aus Propriano an der Ostküste von Korsika wird die Klaffenpost einer Klaffenpost gemeldet mit einem mit Pfeilspitzen beschriebenen Papier, das die letzten Umschlaggröße der Mannschaft des Digmuden Digmuden enthält. Die Worte lauten: „Wenig zu Ende. Wir treiben Mannschaft der Digmuden, lebt wohl, Es lebe Frankreich!“

Sport.

Der Große Preis von Berlin im Stadion.

Die Schweizer Sieger.

Im Stadion fanden sich am Sonntag Zehntausende ein, um das klassische Rennen „Der große Preis von Berlin“ entgegenzunehmen. Bei dem „Großen Preispreis“ machten sich alle 22 Läufe notwendig, um die Posten herauszufinden. Am Start schied der Amerikaner Spencer, dessen Schützling Deutschland nicht rechtzeitig erreicht. Zur Aufstellung trafen sich dann nur vier Fahrer: Kütt, Mori (Italien), von Kempen (Holland) und Kaufmann (Schweiz). Drei Bäufe wurden ausgetrieben, die alle der Schweizer für sich reservierte. Als Sieger erhielt er

vom Direktor Schwarz den Ehrenpreis des Reichsaussenministers ausgeschänkt. Der Preis von Charlottenburg, den die Zweiten der Zwischenläufe des vorigen Rennens bestritten, gewann im Gesamtergebnis die Dritte der Zwischenläufe Kümpfen um den Preis von Grunewald. Als Sieger ging Gottfried herover. Schwarz holte sich dann den Sieg im „Preis vom Stadion“, den die Vierten der Zwischenläufe ausführen. Dem „Großen Preis von Berlin für Dauerfahrer“ ging am Start ein Unfall voraus. Wie bekannt, sollte auch der Belgier Vandervorst mitfahren. Jetzt erhoben aber die deutschen Fahrer die Forderung, daß der Belgier abzutreten habe, da schon ein Belgier, und zwar Linart, in Deutschland gefahren habe und man in Belgien einen Deutschen nicht zulasse. Vandervorst wurde zum Aufgeben der Teilnahme an dem Rennen genötigt. Unter Beifallrufen und lebhaften Sympathiebekundungen des Publikums verließ der Fahrer die Bahn. — Das Rennen selbst, es ging über 100 Kilometer, gewann der Schweizer Wegmann, der in Ganay (Frankreich) einen heftigen Gegner fand.

Resultate: Großer Preis von Berlin für 11-Jährige. Gesamtergebnis: 1. Kütt (1330 m), 2. Kaufmann (1330 m), 3. Mori (1330 m), 4. Mori (1330 m), 5. Mori (1330 m), 6. Mori (1330 m), 7. Mori (1330 m), 8. Mori (1330 m), 9. Mori (1330 m), 10. Mori (1330 m). Preis vom Stadion. Gesamtergebnis: 1. Mori (1330 m), 2. Mori (1330 m), 3. Mori (1330 m), 4. Mori (1330 m), 5. Mori (1330 m), 6. Mori (1330 m), 7. Mori (1330 m), 8. Mori (1330 m), 9. Mori (1330 m), 10. Mori (1330 m). Preis vom Grunewald. Gesamtergebnis: 1. Mori (1330 m), 2. Mori (1330 m), 3. Mori (1330 m), 4. Mori (1330 m), 5. Mori (1330 m), 6. Mori (1330 m), 7. Mori (1330 m), 8. Mori (1330 m), 9. Mori (1330 m), 10. Mori (1330 m).

Rennen zu Hoppegarten am Sonntag, den 18. Mai.

1. Rennen. 1. Sonnenbrunn (D. Schmidt), 2. Gluck und Glas (Kaiser), 3. Lenor (D. Zeldmann). Toto: 13: 10. Platz: 11, 13, 86: 10. Ferner liefen: Dabber, All, Delmore, Brimmar.
2. Rennen. 1. Victoria (D. Schmidt), 2. Mandarin (Meyerberger), 3. Dacapo (Köh). Toto: 13: 10. Platz: 10, 10: 10. Ferner liefen: Alwin.
3. Rennen. 1. Revolutionär (D. Schmidt), 2. Rufung (Zimmermann), 3. Willinger (Kühn). Toto: 37: 10. Platz: 15, 14, 21: 10. Ferner liefen: Hilltop, Sigilbert, Zanzuiter, Rabbeiner, Alwin.
4. Rennen. 1. Montalosse (D. Schmidt), 2. Jandin (K. Kaiser), 3. Capriol (Kühn). Toto: 38: 10. Platz: 13, 13, 17: 10. Ferner liefen: Goldstein, Berner, Soler, Parizer, Rosenkranz, Panar.
5. Rennen. 1. Sibilla (H. Lortz), 2. Fontanella (Kosina), 3. Zwei Lein. Keine Weiten.
6. Rennen. 1. Gohalut (D. Schmidt), 2. Trosch (Kaiser), 3. Marotta (H. Wald). Toto: 31: 10. Platz: 19, 55: 10. Ferner liefen: Abendwolke, Bürgerweck.
7. Rennen. 1. Ebbert (Kühn), 2. Bahlung (D. Schmidt), 3. Marotta (D. Kaiser). Toto: 18: 10. Platz: 20, 14, 24: 10. Ferner liefen: Van Robert, Kergenshunde, Angelus, Catarina, Balfire, Warib, Coc, Koberpuppe.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

1. Kreis Friedrichshagen. Wählungs-Kommission. Alle Wahlen der Wählungs-Kommission erdienen am Dienstag, den 20. d. M., um 9 1/2 Uhr, im Stadthaus, Reichstraße.
2. Kreis Kreuzberg. Die heutige Ordnungung findet bei Reim, Urbanstr. statt.

Gewerkschaftsbewegung

Gautag des Sutab.

Am Sonntag hielt der Gau Brandenburg des Bundes der technischen Angestellten und Beamten seinen fünften Gautag in Berlin ab. — Nachdem sich der Gautag konstituiert und Begrüßungsansprachen entgegengenommen hatte, wurde eine Resolution zugunsten der kämpfenden Ruhrbergarbeiter einstimmig angenommen. Sie schließt mit den Worten: „Der Gautag sichert den kämpfenden Arbeitnehmern größtmögliche Unterstützung zu und stellt bei direkter Lebensgefahr fest, daß der unüberwindliche Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit im kapitalistischen Staatssystem eine unumstößliche Wahrheit ist. Der Gautag Brandenburg verpflichtet den Bundesvorsitz, diese Tatsache bei der vom Bund im Interesse der Arbeitnehmer zu leistenden Arbeit nie außer acht zu lassen.“

Die Tagesordnung begann mit Geschäftsberichten des Bauordnenden Horchert und des Gauleiters Günther. Dieser führte unter anderem aus: Die Mitgliederzahl im Gau ist von 17022 Ende 1922 auf 14439 im April 1924, also um 2583 zurückgegangen. Dieser zahlenmäßige Rückgang bedeutet aber keinen wirklichen Mitgliederverlust, sondern er erklärt sich daraus, daß die Betroffenen den Wohnort oder den Beruf und damit die Organisation gewechselt haben. — Nachdem der Redner die Wirtschaftslage des vergangenen Jahres in Verbindung mit der Tätigkeit des Bundes besprochen hatte, stellte er für die zukünftige Lohnpolitik folgende Richtlinien auf: Anpassung der Löhne an das Preisniveau, denn sie stehen erheblich hinter dem zurück. Darüber hinaus Hebung der Real-Löhne auf eine Höhe, die es dem Techniker gestattet, seine schöpferische Kraft im Wirtschaftsbetriebe zur Geltung zu bringen. Befreiung der Löhne, namentlich hinsichtlich der Gruppenverteilung. Beilegung der Real-Löhne, denn sie sind für die Arbeitnehmer notwendig. — Der Redner verwies auf den Zusammenhang der nationalökonomischen Bewegung mit wirtschaftlichen Momenten und führte aus: Auch unter unseren Kollegen gibt es solche, die dem Nationalismus freundlich gegenüberstehen und sich von der antimarkistischen Position haben beeinflussen lassen. In den Gruben der Niederkampf ist es dem Techniker kaum noch möglich zu arbeiten, wenn er nicht dem „Sozialismus“ oder dem „Bolschewismus“ angehört. Unsere Kollegen sagen zwar, daß sie nur unter dem wirtschaftlichen Druck den nationalökonomischen Organisationen beigetreten seien und deren Bestrebungen bedürftig noch nicht billigen. Aber das ist keine Entschuldigung. Die nationalökonomischen Organisationen arbeiten im Interesse des Unternehmertums, deshalb darf ihnen kein Arbeitnehmer angehören.

Nach der Aussprache über den Geschäftsbericht hielt der Bundesgeschäftsführer Aufhäuser ein Referat über das Thema: „Wie erneuern wir unsere Kampfrkraft?“ Er sagte unter anderem: Nach der Resolution haben die Verbände der Techniker und Angestellten fast kampflöse Erfolge erzielt, für welche die Arbeiterorganisationen Jahrzehnte gekämpft haben. Den Massenstrom von Mitgliedern, den wir damals bekamen, haben wir nicht verbaut, wir haben diese Massen nicht aufklären können über das Wesen unserer Bewegung. Wir müssen die Köpfe, nicht nur die Mittelschicht gewinnen. Gegenüber jenen Leuten, die unter dem Schloßdruck: „Nieder mit dem Sozialismus“ ihre politischen Geschäfte betreiben, müssen wir das Wirtschaftliche und das Soziale in den Vordergrund stellen. Den Appell an die nationalen Lebensverhältnisse müssen wir entgegenbringen. Im Kampf gegen die Reaktion dürfen wir uns nicht auf fremde Hilfe verlassen, sondern wir müssen uns selbst helfen. Des geschlossenen Vorgehen der Unternehmern kann nur durch die einheitliche Zusammenfassung der Träger der Arbeit zurückgewiesen werden. Das Schweregewicht im wirtschaftlichen Kampfe liegt bei den Gewerkschaften. Wenn die Gewerkschaften auch politisch neutral sind, so haben sie ihren Einfluß doch dahin geltend zu machen,

